



Landeshauptmann-Stellvertreterin
Astrid Eisenkop

Herrn
Landtagspräsidenten
Robert Hergovich
Landtagsdirektion
im Hause

Eisenstadt, am 06.12.2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die von Herrn LAbg. Wolfgang Spitzmüller gemäß § 29 GeOLT an mich gerichtete schriftliche Anfrage vom 23. Oktober 2024, Zahl 22-1963, darf ich im Rahmen meiner Ressortzuständigkeit wie folgt beantworten:

Einleitend möchte ich hervorheben, dass die Qualität unserer Lebensmittel, insbesondere die Reinheit unserer Gewässer und unseres Trinkwassers, für das Land Burgenland von höchster Bedeutung ist. In enger Zusammenarbeit mit den Wasserversorgungsunternehmen setzen wir alles daran, trotz der wachsenden Herausforderungen durch Umweltbelastungen, eine konstant hohe Qualität des Wassers für die Bürgerinnen und Bürger des Burgenlands zu gewährleisten. Gleichzeitig muss betont werden, dass die Problematik der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) äußerst komplex ist und nicht nur den Umweltschutz betrifft, sondern auch eine Vielzahl weiterer Bereiche wie die Wasser- und Abfallwirtschaft, die Gewässeraufsicht und die Wassergütekontrolle berührt. Die Dimension des Themas überschreitet jedoch bei weitem die Grenzen unseres Bundeslandes und erfordert daher ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen auf Bundes- und europäischer Ebene. Zum Schutz der Bevölkerung ist es unerlässlich, dass nicht nur die Unterstützung durch den Bund sichergestellt wird, sondern auch entsprechende legislative Maßnahmen auf europäischer Ebene ergriffen werden. Nur durch gemeinsames Handeln können nachhaltige Lösungen gefunden und die Belastungen für Mensch und Umwelt langfristig reduziert werden.

Fragen 1 – 28

Im Rahmen des Sondermessprogramms zur Identifikation und analytischen Erfassung per- und polyfluorierter Alkylsubstanzen (PFAS), das im Jahr 2022 an insgesamt 117 Messstellen im gesamten Bundesland Burgenland durchgeführt wurde, wurde das Vorkommen von 27 spezifischen PFAS-Verbindungen untersucht. Dabei ergaben sich an sechs Messstellen positive Befunde, die im Jahr 2023 durch erneute Probenziehungen und detaillierte analytische Validierungsverfahren bestätigt wurden, während an Messstellen, die zentrale Trinkwasserversorgungen, private Hausbrunnen oder Quelfassungen betreffen, keine nachweisbaren Kontaminationen festgestellt werden konnten, was auf eine weitgehende Unbedenklichkeit in diesen sensiblen Bereichen schließen lässt.

Die Planung und Umsetzung dieser Monitoringmaßnahmen, die auf Initiative des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) Wien sowie der Chemikalieninspektion erfolgen, sind so konzipiert, dass dabei das Land Burgenland nicht nur eine unterstützende Rolle einnimmt, sondern auch aktiv durch die Teilnahme an der Chemikalieninspektion, der Durchführung hydrochemischer Überwachungsprogramme und der Partizipation an nationalen Fachveranstaltungen eine sowohl koordinierende als auch operativ-fachliche Funktion erfüllt. Die Überwachungsprojekte, die vom BMK beauftragt und vom UBA Wien technisch und logistisch organisiert werden, basieren auf der Durchführung von Vor-Ort-Inspektionen und Probenziehungen durch das Land Burgenland, wobei die Laboranalysen und wissenschaftlichen Bewertungen der Proben im UBA erfolgen. Dort werden auch umfassende Projektberichte erstellt, die nach einer abgestimmten Konsultation zwischen Bund und Ländern finalisiert und auf der digitalen Plattform des UBA öffentlich zugänglich gemacht werden, um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Obwohl in dieser Maßnahmenschiene keine neuen PFAS-Projekte aktiv umgesetzt werden, befinden sich mehrere Vorhaben, wie etwa die Untersuchung von Feuerlöschmitteln, in der konzeptionellen Entwicklungsphase. Gleichzeitig sind für das kommende Jahr Probenziehungen im Handelsbereich geplant, während die enge Zusammenarbeit zwischen dem Land Burgenland und dem UBA in den Bereichen der Untersuchung von Altablagerungen, Altstandorten und der Überwachung der Gewässerqualität fortgeführt wird. Ziel ist es, die erhobenen Daten nicht nur in spezialisierten Fachdatenbanken systematisch zu erfassen, sondern diese auch der wissenschaftlichen Forschung sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

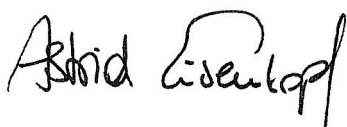
Neben den genannten Maßnahmen, die primär auf hydrogeologische Aspekte abzielen, werden im Rahmen der Chemikalieninspektion auch Überprüfungen durchgeführt, die bei hinreichendem

Verdacht spezifische Analysen von PFAS in Abfällen beinhalten, um ein breit angelegtes Monitoring sowie eine fundierte Risikobewertung zu ermöglichen.

Das Land Burgenland zieht zudem regelmäßig Lebensmittel- und Trinkwasserproben zur Analyse von PFAS im Kontext der vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) initiierten Schwerpunktaktionen durch. Zwischen 2016 und 2023 wurden insgesamt 52 Trinkwasserproben untersucht, von denen sechs Proben Werte oberhalb der analytischen Bestimmungsgrenze aufwiesen. Für das Jahr 2024 ist flächendeckend eine weitere Schwerpunktaktion zum Thema PFAS im Gange, in deren Rahmen bereits zwölf Proben gezogen wurden. Grundlage für diese Untersuchungen bilden die einschlägigen Erlässe des BMSGPK, die seit 2021 eine Liste von mittlerweile 20 PFAS-Substanzen definieren, die obligatorisch zu analysieren sind. Darüber hinaus wurden auch im Bereich der Lebensmittelproben insgesamt 14 Proben eingehend untersucht.

Die strategische Ausrichtung dieser Maßnahmen, die in enger Abstimmung zwischen dem Bund, den Bundesländern und teilweise dem Umweltbundesamt Wien erfolgen, unterstreicht die Notwendigkeit einer global koordinierten und multilateralen Herangehensweise. Diese Erkenntnis spiegelt sich auch im aktuellen nationalen PFAS-Aktionsplan wider, der die Intensivierung der Chemikalieninspektion, die Etablierung umfassender Kontrollmechanismen sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung des Monitorings vorsieht.

Mit freundlichen Grüßen



Mag.^a Astrid Eisenkopf

Landeshauptmann-Stellvertreterin